

## PRESSEMITTEILUNG

### **Von Zwentendorf zu CO<sub>2</sub> Kämpfe der Umweltbewegung in Österreich**

**Fr, 20.1. bis So, 26.3.2023**

**Eröffnung: Do, 19.1.2023, 17.00 Uhr**

[www.volkskundemuseum.at/umweltbewegungen](http://www.volkskundemuseum.at/umweltbewegungen)

In der Ausstellung zur Geschichte der Umweltbewegung in Österreich seit den 1970er Jahren geht es nicht nur um die Umwelt und unsere gesellschaftlichen Probleme im Umgang mit ihr, sondern auch um das Zuhören und das Erzählen.

Ausgangspunkt der Ausstellung bilden lebensgeschichtliche Interviews in 5 Hörstationen mit 17 Umweltaktivist\*innen, die aus 5 Jahrzehnten Engagement für den Umweltschutz berichten. Diese Interviews geben Einblick in wichtige Ereignisse und Themenfelder der Umweltbewegung in Österreich. Begleitet werden diese Hörstationen von Videos, Fotos und Objekten. In einer Mitmach-Station am Ende der Ausstellung können Besucher\*innen ihre eigene umweltbewegte Geschichte erzählen und den Geschichten anderer Besucher\*innen lauschen.

Die Beschäftigung mit der Geschichte der Umweltbewegung in Österreich ist nicht nur angesichts der vielfältigen Umweltkrisen unserer Gegenwart ein dringendes Thema. Sie ist auch ein wichtiger Teil der kollektiven Umweltgeschichte, also der Beziehung zwischen der Gesellschaft und ihrer natürlichen Umwelt in der Vergangenheit. Geschichten, die bisher vor allem „ums Lagerfeuer sitzend“ erzählt wurden, sollen damit dem kollektiven Erinnern und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zugänglich gemacht werden.

Denn obwohl umweltpolitische Proteste in den 1970er und 1980er Jahren – wie die Kraftwerksverhinderungen von Zwentendorf und Hainburg, Aktionen gegen das Ausbringen von Giften in die Umwelt oder der Einsatz für naturnahe Landwirtschaft – die Geschichte Österreichs nach 1945 maßgeblich mitgeprägt haben, wurde bisher erstaunlich wenig über diese Geschichte veröffentlicht. Gemeinsam mit den aktuellen Themen Klimawandel und Bau der Lobau-Autobahn soll das „Gedächtnis der Umweltbewegung“ exemplarisch offengelegt werden.

#### **Zentrale Themen der Ausstellung:**

##### **Die atomare Bedrohung**

Im Jahr 1978 ereignet sich in Österreich etwas Außergewöhnliches, ja vielleicht einmaliges: unter der Regierung Bruno Kreisky kommt es zu einer Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des fertig gebauten, einzigen österreichischen Atomkraftwerkes – und diese geht mit 50,47% der Stim-

men dagegen aus. Zu einer Zeit, als die Nutzung der Atomkraft auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ein gefeiertes Symbol für den Fortschritt darstellte und als „sichere und saubere“ Energiequelle galt, war das Ereignis eine kleine Sensation.

Als acht Jahre später am 26. April 1986 der Atomreaktor des Block 4 in Tschernobyl in der heutigen Ukraine explodiert, ist das der bis dahin schwerste Unfall in einem Kernkraftwerk. Über das Ausmaß der weltweiten gesundheitlichen Langzeitfolgen, allen voran Krebserkrankungen, wird bis heute kontrovers diskutiert. Die WHO und internationale Atomenergie-Organisationen bringen Hunderttausend Todesfälle statistisch mit dem Ereignis in Verbindung, andere Berichte sprechen von mehreren Millionen Betroffenen. Die Strahlenbelastung durch den radioaktiven Fallout betrifft auch Österreich stark.

Während die Für und Wider-Stimmen zur Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf noch ungefähr fast gleichmäßig verteilt waren – wird die Ablehnung von Atomkraft in Österreich nach dem Reaktorunfall zum breit mitgetragenen Konsens. 1999 wird das Bundesverfassungsgesetz für atomfreies Österreich im Parlament einstimmig beschlossen. Es verbietet unter anderem die Lagerung und Herstellung von Atomwaffen, die Errichtung von Kernkraftwerken und die Lagerung von nicht spaltbarem Material.

Das auch die „friedliche“ Nutzung der Kernkraft in Atomkraftwerken eine potenzielle Bedrohung darstelle, wird durch den Reaktorunfall von Tschernobyl klar. Nach Meinung der Anti-Atom-Bewegung lassen sich friedliche und militärische Nutzung der Kernkraft allerdings nie eindeutig voneinander trennen. In ihren Anfängen im Kontext des Kalten Krieges gingen unter anderem deshalb die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung mit der Friedensbewegung Hand in Hand.

Für das frisch gegründete Ökologie Institut in Wien war die Katastrophe von Tschernobyl ein wichtiges Ereignis: das Institut bekam jede Menge Anfragen von besorgten Bürger\*innen und erlangte dadurch eine gewisse Bekanntheit und Größe.

#### Es sprechen:

- **Peter Weish:** Mit seiner Gegen-Expertise zur Atomkraft wird der junge Naturwissenschaftler und ehemalige Angestellte im atomaren Forschungszentrum Seibersdorf zum „Whistleblower von Zwentendorf“ und zum gefragten Atomkraftgegner.
- **Rosemarie Pexa:** Die Journalistin und Greenpeace-Aktivistin erzählt von der Erstbesteigung eines Atomkraftwerks und erinnert sich an Tschernobyl und die Angst vor dem Super-GAU zur Zeit des Kalten Krieges.
- **Willi Sieber:** Als junger Lehrer und Teil der linken Anti-AKW-Bewegung in Vorarlberg kommt Willi in den 1980er Jahren nach Wien und erlebt Tschernobyl als wichtiges und herausforderndes Ereignis für das neu gegründete Ökologie Institut.

#### **Apocalypse Au**

„Apocalypse Au“ ist der Titel des Erlebnisberichtes eines jungen Umweltaktivisten über die Aubesetzung von Hainburg 1984. Darin schildert der Aubesetzer, wie er in der Nacht als Bote durch den winterlichen Auwald streift, um Informationen zwischen den verschiedenen Lagern der Aubesetzung zu verbreiten und dabei eine tiefe Beziehung zum Auwald aufbaut.

Die Aubesetzung von Hainburg im Winter 1984 gilt als Zäsur für die Zweite Republik Österreich. Die legendär gewordene Aubesetzung war nicht nur ein zentraler Startpunkt für die Umweltbewegung und die Grüne Partei, sondern auch ein demokratiepolitisch wichtiges Ereignis, da die österreichische Zivilgesellschaft ihr Interesse gegen die Interessen von Regierung, Industrie und Sozialpartnerschaft durchsetzte.

Wie kam es zu der Aubesetzung? Einige Jahre nach der Verhinderung des Kernkraftwerks Zwentendorf entzündeten sich 1984 an der Streitfrage um den Bau eines Kraftwerks erneut Proteste. Das Donaukraftwerk Hainburg sollte die Kraftwerkskette an der österreichischen Donau schließen: Im Zuge des Wiederaufbaus und der Industrialisierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg stattfand, wurde die gesamte Donau in Österreich ab 1952 mit Kraftwerken und Staustufen verbaut – bis auf zwei Donauabschnitte. Anfang der 1980er-Jahre gab es an der Donau also nur noch zwei freie Fließstrecken: in der Wachau und in den Donauauen östlich von Wien. Die Donau-March-Thaya-Auen waren zu dieser Zeit schon durch ein internationales Übereinkommen geschützt. Trotzdem plante die DoKW (Österreichische Donaukraftwerke AG) den Bau eines weiteren Kraftwerks in den Auwäldern von Hainburg.

Am 8. Dezember 1984, zwei Tage vor Baubeginn, fand ein Sternmarsch in die Stopfenreuther Au statt. 5000 bis 8000 Menschen nahmen an der als Adventfeier gestalteten Abschlusskundgebung teil. Danach blieben erstmals Aktivist\*innen in der winterlichen Au. Die Besetzung begann, das Ziel war klar: Den Bau des Kraftwerks zu verhindern. Die Österreichische Hochschüler\*innenschaft organisierte einen Shuttle-Dienst, der Aktivist\*innen, aber auch Schlafsäcke und Lebensmittel, von Wien aus direkt in die Au brachte. Am Höhepunkt der Besetzung wurden es bis zu 3500 Personen, die in der eiskalten Au ausharrten.

In den frühen Morgenstunden des 19. Dezember 1984 kam es zu einem Großeinsatz von Gendarmerie und Polizei in der Au, mit dem Ziel, Rodungsarbeiten unter Exekutivschutz durchzuführen. Circa 900 Polizisten mit Kopf- und Körperschildern, Schlagstöcken und Hunden rückten an. Die von den Besetzern gebauten Barrikaden wurden geräumt und ein circa zwei Fußballfelder großes Areal Auwald geschlägert.

Einige Aktivist\*innen erlitten schwere, teils blutende Kopfverletzungen, insgesamt zählte man circa 44 Verletzte. Das Vorgehen der Exekutive wurde in einer vor Ort von Au-Schützern improvisierten Pressekonferenz mit Unverständnis und Bestürzung kommentiert – später aber auch in Regierungskreisen scharf kritisiert. „Die Schande von Hainburg“ titelte die Kronen Zeitung – und machte Hainburg damit endgültig zu einem großen Medienereignis.

Die Rodung wurde gestoppt, am 22. Dezember rief die Regierung unter Bundeskanzler Sinowatz den sogenannten „Weihnachtsfrieden“ aus. Bald darauf folgte eine „Nachdenkpause“ und die Verschiebung des Kraftwerkbaus. Als dann das Konrad-Lorenz-Volksbegehren für die Errichtung eines Nationalparks rund 350.000 Unterschriften erhielt, wurde klar: Das Kraftwerk Hainburg ist Geschichte.

#### Es sprechen:

- **Annemarie Höferle:** Annemarie, die in Stopfenreuth gleich neben der „Hainburger Au“ lebt, erzählt über den Protest der lokalen Bevölkerung gegen den Kraftwerksbau, über ihre Liebe zur Donau und darüber, wie ihr eigenes Haus zur „Zentrale“ der Aubesetzung wurde.

- **Wolfgang Pekny:** Als outdoor-erfahrener junger Student hält Wolfgang die Stellung im Lager „Heavy Weather Point“, dem Wind- und Wetter ausgesetztsten Lager der Aubesetzung.
- **Othmar Karas:** der damalige Nationalratsabgeordnete erzählt über den Auftakt des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, die sogenannte „Pressekonferenz der Tiere“ und über die Bedeutung des Ereignisses Hainburg

## Gegen Gifte

Der Kampf der Umweltbewegung gegen Gifte in der Umwelt ist oftmals ein Ringen mit der Industrie, die in ihren Produktionsprozessen giftige Stoffe und Abfälle an die Umwelt abgibt.

Im Österreich der 1980er Jahren formiert sich Widerstand gegen Gifte, die von der Industrie ungefiltert in die Umwelt ausgebracht werden. Zwei wichtige Umweltprobleme in Zusammenhang mit giftigen industriellen Abfällen sind die Chlorbleiche und das Thema Sondermülldeponien.

Ein in den 1980er Jahren akutes Umweltproblem österreichischer Gewässer ist die Verschmutzung von Flüssen, Seen aber auch Grundwasser durch unkontrollierte Abwässer der Zellstoff- und Papierindustrie. Bei dem damals eingesetzten Verfahren zur Bleichung des Papiers, der Chlorbleiche, werden giftige Abwässer ungefiltert in Flüsse geleitet. Hierbei handelte es sich um ein relativ sichtbares und ruckbares Umweltproblem, in den Flüssen in die die Chlorchemie eingeleitet wird, sieht man die toten Fische mit Bauch nach oben im Fluss treiben.

Aktivist\*innen der neu gegründeten Umweltorganisation Greenpeace in Österreich setzen sich ab dem Jahr 1983 mit der Kampagne „Wasser ist Leben“ mit spektakulären Aktionen gegen das Einleiten von Chlorkohlenwasserstoff-Abwässern der Papierfabriken in Flüsse ein. Die Probenentnahme von Abwässern in Flüssen geschieht ab dem Jahr 1987 auch mit Hilfe eines mobilen Chemielabors in einem 18 Meter langen Greenpeace Aktionsbus.

Auch das Umweltbundesamt führte 1989 eine umfangreiche Immissionsuntersuchung bei 13 Betrieben aus diesem Sektor durch und forderte wie Greenpeace den Ausstieg aus der Chlorbleiche. Dass die Papierindustrie im Laufe der 90er-Jahre mitzog und auf umweltfreundlichere Produktionstechnologien wie die Sauerstoffbleiche umstieg, ist nicht zuletzt auch medial wirksamen Aktionen von Umweltaktivist\*innen zu verdanken.

Auch studentische Gruppen wie die „Kritische Chemie“ setzten sich in den frühen 80er Jahren für Regulierung im Umgang mit Chemikalien ein. (zu Mülldeponien, Fischer-Deponie:

<https://noe.orf.at/magazin/stories/3166592/> )

In den 1970er und 1980er Jahren gab es zahlreiche wilde Mülldeponien in aufgelassenen Schottergruben. Tragische Bekanntheit erlangte die Fischer-Deponie bei Theresienfeld (Bezirk Wiener Neustadt), die seit 1972 als Abfallstätte von zum Teil hoch giftigem Industrie- und Gewerbemüll genutzt wurde. Die Fischer-Deponie war eine der größten Umweltsünden und eine der größten Gefahren für das Grundwasser in der Geschichte Niederösterreichs.

Bis die Grundwasserwerte wieder einen Normalbereich erreicht hatten, sollte es bis in die 1990er Jahre dauern. Für die damalige Zeit waren solche Formen der Deponie keine Seltenheit. In vielen Regionen und Gemeinden gab es „wilde“ Deponien, Vieles wurde aber auch einfach verbrannt bzw. in den Wäldern oder in Flüssen entsorgt. Deponien waren ein gesetzlich ungeregelter Bereich.

Das erste Müllbeseitigungsgesetz wurde in Niederösterreich 1972 beschlossen. Damals war aber nur der Bereich der Müllabfuhr geregelt. Zwei Jahre später wurde die NÖ Umweltschutzanstalt gegründet und ein Umweltschutzgesetz beschlossen, in dem erstmals Maßnahmen zur Entsorgung und Verwertung von Müll und Abfallstoffen an geeigneten Standorten und mit geeigneten Methoden vorgeschrieben wurden. Die wirtschaftliche Verwertung von Abfällen – also das Thema Abfallwirtschaft – folgte erst 1989. Im gleichen Jahr wurde auch das Altlastensanierungsgesetz beschlossen.

#### Es sprechen:

- **Wolfgang Pekny:** Der Chemie-Campaigner und Abwasserrohr-Taucher erinnert sich an die erste große Kampagne „Wasser ist Leben“ Ende der 1980er-Jahre, die sich gegen den Einsatz von Chlorbleiche in Papier- und Zellstoffindustrie richtete.
- **Gabriela Markovic:** Die Aktivistin erzählt von ihrer Arbeit als Koordinatorin des Greenpeace Aktions- und Laborbusses, in dem giftige Abwasserproben vor Ort chemisch ausgewertet werden konnten.
- **Monika Langthaler:** Die Ökologin und Ex-Politikerin erinnert sich an ihre Zeit als jüngste Abgeordnete zum österreichischen Nationalrat und erste Umweltsprecherin der Grünen. Außerdem erzählt sie davon, wie sie heute gemeinsam mit Arnold Schwarzenegger für mehr Klimaschutz kämpft.

#### **Zurück zur Natur**

Im 20. Jahrhundert steigt der gesellschaftliche Einfluss auf die natürliche Umwelt stärker als je zuvor, Umweltprobleme in einem noch nie zuvor dagewesenen Ausmaß entstehen. Gleichzeitig entwickeln sich Gegenkulturen und Gegenbewegungen zur Industrialisierung, „Fortschritt“ und auch Umweltzerstörung.

Teil vieler Gegenbewegungen des 20. Jahrhunderts ist die Sehnsucht nach einer Wiederverbindung mit der Natur und der Wunsch nach einem naturnahen Leben. Dieser Wunsch drückt sich auch in einer Art der Landwirtschaft aus, die möglichst im „Einklang mit der Natur“ steht und ohne synthetisch-chemische Pestizide und künstliche Düngemittel auskommt.

Ab den späten 1960er Jahren, vor allem aber ab den 1970er Jahren beginnt sich die Umwelt- und Ökologiebewegung, wie wir sie heute kennen, zu formieren. Sie löst damit aber den Naturschutz nicht ab, den es schon seit etwa 1900 gibt und der weiterhin parallel zum Umweltschutz besteht und nicht immer klar von diesem getrennt werden kann. Als weltweiter Anfangspunkt der Umweltbewegung gilt das Werk „Silent Spring“, auf Deutsch „der stumme Frühling“, der US-Amerikanischen Biologin Rachel Carson. In dem Buch schildert sie die Folgen der exzessiven Verwendung von DDT in der Landwirtschaft. Da Vögel über die von ihnen gefressenen, vergifteten Insekten das Gift in sich aufnehmen, kommt es zu einem Massensterben von Singvögeln. Rachel Carson warnt in ihrem Buch vor den ökologischen Konsequenzen chemischer Schädlingsbekämpfungsmittel. Die Reaktionen auf das Buch führen schließlich zu einem Verbot von DDT in den USA.

Doch sowohl der traditionelle Naturschutz als auch die moderne Umweltbewegung sind keineswegs ausschließlich progressive Bewegungen. Sie weisen auch anti-demokratische, rechte oder

rechtsextreme Ränder auf. Mit „Zurück zur Natur“ kann in diesem Sinne auch ein Zurück zu traditionellen Rollenbildern und zu autoritären Herrschaftsstrukturen gemeint sein, die eine demokratischere Gesellschaft nicht fördern, sondern dieser im Wege stehen.

#### Es sprechen:

- **Ute Blanch:** Die Expertin für ökologischen Gartenbau erzählt über die Selbstversorgung mit Gemüse aus ihrem Garten im Waldviertel, erinnert sich wie sie mit 11 Jahren „Der stumme Frühling“ gelesen hat und erklärt, warum Natur im Garten heute so wichtig ist.
- **Rudolfine Nemeth:** War als Schülerin in den 1970er und 1980er Jahren bei der Wiener Naturschutzjugend aktiv, die Baustellen besetzte um den Lebensraum von Lurchen, Molchen und Wechselkröten zu schützen. Sie erzählt wie sich Politiker\*innen damals noch vor Ort der Diskussion stellten, bis sich die Fronten dann Ende der 80er Jahre zunehmend verhärteten.
- **Peter Bierl:** Der Experte für die „Grünen Braunen“ klärt auf über rechtsextreme und antidemokratische Bewegungen und Ideologien innerhalb des Umweltschutzes.

#### **Die Klimakrise**

Ende der 1980er Jahre wird bekannt, dass es so etwas wie einen „Treibhauseffekt“ geben könnte: die Erwärmung und Veränderung des Klimas, ausgelöst durch den massiven Ausstoß von CO<sub>2</sub> durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe.

Damals hat die Umweltbewegung mit anderen Problemen wie Schadstoffen und Umweltgiften alle Hände voll zu tun: das Ozonloch ist ein großes Thema, auch „Saurer Regen“ - Schwefeldioxid aus Heizöl und Diesel - das den Boden versauert und dazu führt, dass die Bäume die Blätter und Nadeln verlieren. Ab 1990 war dann für die Umweltbewegung klar: es gibt ein Problem mit CO<sub>2</sub> und dem Klima. Erste Aktionen zu dem Thema finden statt. Und während sich das in den 80er Jahren sehr präsent umweltschutzprobleme „Saurer Regen“ und das damit verbundene Waldsterben durch Gesetze zur Rauchgasentschwefelung und andere Maßnahmen erfolgreich entschärfen lässt, verschärfte sich die Klimakrise weiter.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bilden sich Institutionen des Umweltschutzes in Österreich, er wird zu einem Teil des politischen Alltags. Die großen Umwelt-NGOs werden in den frühen 1980er Jahren gegründet. 1985, ein Jahr nach der Besetzung der Hainburger Au, wird das Umweltbundesamt errichtet, dessen Aufgabe u.a. die „Überwachung der Umwelt und ihrer Veränderungen in Hinblick auf Umweltbelastungen“ ist, sowie die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu Umwelt-Themen. Anfang der 90er Jahre wird dann das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz in Österreich umgesetzt, demnach bestimmte Bauprojekte vorab auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden müssen.

Doch wie weitreichend sind die Befugnisse und wie groß die Handlungsspielräume dieser Institutionen? Sind sie angesichts des Ausmaßes der Klimakrise weitreichend genug? Müssen Umweltthemen nun nicht mehr auf der Straße und in direkten Aktionen wie Besetzungen verhandelt werden? Mit der Entdeckung von „Nachhaltigkeit“ als Marktsegment ging auch eine Verlagerung der kollektiven ökologischen Verantwortung und demokratischen Aushandlung des Themas hin zum individuellen Konsumverhalten einher.

Spätestens seit dem Auftauchen der jungen Klimabewegung *Fridays for Future*, ausgelöst durch den „Schulstreik für das Klima“ der schwedischen Schülerin und Aktivistin Greta Thunberg im August 2018, ist die Umwelt- und Klimabewegung jedoch zurück auf der Straße.

Und das im doppelten Sinn des Wortes. Denn in Österreich haben Auseinandersetzungen um Straßenbau die Konflikte um Kraftwerksbauten weitgehend abgelöst. Straßenbau steht für Klima-Aktivist\*innen wie jene der *LobauBleibt!* Bewegung für den Ausbau einer Form von Mobilität, die angesichts der Klimakrise längst passé sein müsste. Ein Autobahn-Tunnel unter der Lobau würde das Naturschutzgebiet auch aus Sicht der Bürger\*innen-Initiative „Rettet die Lobau. Natur statt Beton“ gefährden, doch den Klimaaktivist\*innen geht es um mehr als um den Erhalt der Lobau.

Die Klimakrise ist eine gänzlich andere Art von Umweltproblem als die Zerstörung eines bestimmten Stückchens Natur. Ein Wort, um diese Art von Umweltproblem zu beschreiben, ist der Begriff „disloziertes“ Umweltproblem. Ein „disloziertes“ Umweltproblem wie der Klimawandel lässt sich nicht an einem konkreten, lokalen Ort festmachen, sondern kann losgelöst von einem bestimmten Ort die Atmosphäre und Biosphäre des Planeten betreffen. Die Orte, an denen CO<sub>2</sub> emittiert wird, sind häufig nicht die Orte, an denen die Auswirkungen des hohen CO<sub>2</sub> Gehalts in der Luft, die Erderwärmung und zum Beispiel der Anstieg des Meeresspiegels und das Auftreten von extremen Wetterereignissen zu großen Schäden führen. Genauso sind diejenigen, die am meisten CO<sub>2</sub> emittieren, meistens nicht diejenigen, die am meisten unter der Klimakrise leiden. Diese sozial und global ungleiche Verteilung der Verursachung und Wirkung von Klimawandel ist ein Grund, warum häufig auch von Klimagerechtigkeit die Rede ist, beziehungsweise eine solche Klimagerechtigkeit von Bewegungen wie *System Change not Climate Change* gefordert wird.

#### Es sprechen:

- **Katharina Rogenhofer:** Die Zoologin und Sprecherin des Klimavolksbegehrens berichtet von der Gründung von Fridays for Future in Österreich und vom ersten Klimastreik in Wien, der ihre Erwartungen bei weitem übertraf.
- **Mira Kapfinger:** Die Aktivistin und Park-Rangerin erzählt von der Klimagerechtigkeits-Bewegung System Change not Climate Change und warum Erfolgsstorys wie die Hainburger Au-Besetzung sie und ihre Mitstreiter\*innen auch heute noch inspirieren.
- **Jutta Matysek:** Spricht für die Bürgerinitiative „Rettet die Lobau - Natur statt Beton“ und macht auf große Unterschiede zwischen den Rahmenbedingungen der Aubesetzung von Hainburg 1984 und der Besetzungen gegen die Lobau-Autobahn 2021/22 aufmerksam.
- **Wolfgang Rehm:** Der Umweltaktivist vom Umweltbüro VIRUS im WUK ist wahrscheinlich die Person in Österreich, die den meisten Umweltverträglichkeitsprüfungen für die Seite der Umwelt beigewohnt hat.

**Von Zwentendorf zu CO<sub>2</sub>  
Kämpfe der Umweltbewegung in Österreich**



**Fr, 20.1. bis So, 26.3.2023**

[www.volkskundemuseum.at/umweltbewegungen](http://www.volkskundemuseum.at/umweltbewegungen)

<b>Ort</b>	Volkskundemuseum Wien Laudongasse 15–19, 1080 Wien
<b>Öffnungszeiten</b>	Di–So, 10–17 Uhr Do, 10–20 Uhr
<b>Direktion</b>	Matthias Beitzl
<b>Kurator*innen</b>	Sophia Rut, Julia Vitouch, Herbert Justnik, Thomas Marschall
<b>Interviewführung, Moderation und Tonschnitt</b>	Sophia Rut, Julia Vitouch
<b>Video - Dokumentation und Installationen</b>	Thomas Marschall, Stephan Richter
<b>Produktion</b>	Herbert Justnik
<b>Ausstellungsgestaltung</b>	Hannah Öllinger, Manfred Rainer
<b>Ausstellungsaufbau</b>	Enrique Guitart/ACP Team
<b>Technik</b>	Patrick Widhofner-Schmidt, Aaron Kimmig, Paul Stöttinger
<b>Kulturvermittlung</b>	Katrin Prankl
<b>Kommunikation</b>	Johanna Amlinger, Gesine Stern
<b>Druckgrafik</b>	Matthias Klos
<b>Presserückfragen</b>	Johanna Amlinger T +43 1 406 89 05.57 <a href="mailto:johanna.amlinger@volkskundemuseum.at">johanna.amlinger@volkskundemuseum.at</a>
<b>Pressedownload</b>	<a href="http://www.volkskundemuseum.at/presse/">www.volkskundemuseum.at/presse/</a>

Die Ausstellung ist gefördert durch FREDA - Die grüne Zukunftsakademie.



**DIE GRÜNE  
ZUKUNFTS  
AKADEMIE**